

DEUTSCHE BAHN

Eine Sekunde und 70 Meter

Ein digitales Detail stellt die Deutsche Bahn und die Zugerstellungssparte des Siemens-Konzerns vor tiefgreifende Probleme. Weil das Kommando zum Anhalten eines ICE-Zugs etwa eine Sekunde lang durch den Rechner irrt, verweigerte das Eisenbahn-Bundesamt in der vergangenen Woche der neuesten Baureihe von Siemens die Zulassung. Die Steuerungssoftware, so das Urteil, entspreche nicht den Anforderungen. Für die Bahn ist dies ein Schock, denn sie hatte die für Dezember zugesagten acht neuen ICE des Typs Velaro D bereits als Reserve für den Weihnachtsverkehr und harte Wintertage einkalkuliert. Entsprechend sauer ist man nun bei der Bahn auf Siemens und dessen Chef Peter Löscher, der noch im September eine Auslieferung vor Ende dieses Jahres zugesagt hatte. Hintergrund des Debakels ist, dass Siemens schon länger mit der Software des neuesten ICE kämpft. Sie muss kompatibel sein mit einem guten Dutzend verschiedener Signalsysteme europäischer Länder, in denen der Zug verkehrt. Bei Testfahrten mit den bei der Bahn üblichen Doppelzügen kam es zu Kommunikationsproblemen in der Software: Beim Befehl zur Aktivierung der Bremsen erlaubt sich die Steuerung eine Art Gedenksekunde, ehe sie das Kommando umsetzt. Bei einer Geschwindigkeit von 250 Stundenkilometern kommt



Montage des neuen ICE 3 bei Siemens

ROBERTO IPEL / DAPD

der Zug nach einer Vollbremsung deshalb erst rund 70 Meter später zum Stehen. Trotzdem strebte Siemens die Zulassung des ICE 3 an. Doch ein Gutachter sperrte sich, und das Eisenbahn-Bundesamt verweigerte daraufhin die Freigabe. Wie lange Siemens nun brauchen wird, um das Problem zu beheben, ist ungewiss. Vor Weihnachten wollen sich

die Spitzen von Bahn und Unternehmen zusammensetzen. Der Kauf neuer Züge in Asien jedenfalls scheint keine Lösung. Als Bahn-Chef Rüdiger Grube vor einiger Zeit bei einem japanischen Hersteller vorfühlte, winkte dieser ab: Das Zulassungshack mit dem Eisenbahn-Bundesamt wolle man sich für keinen noch so großen Auftrag antun.

AFGHANISTAN

Frieden in weiter Ferne

Die Bundesregierung zeichnet in ihrem neuen „Fortschrittsbericht Afghanistan“ ein düsteres Bild von der Sicherheitslage am Hindukusch. So bleiben trotz der Ausbildung von nationaler Armee und Polizei „die regierungsfeindlichen Kräfte weiterhin handlungsfähig“. Ein dauerhafter Frieden könne nur erreicht werden, wenn der Versöhnungsprozess in Afghanistan Fortschritte mache. „Dies ist bisher nicht gelungen“, konstatiert der Bericht. Sorge bereiten vor allem die sogenannten Innentäter, also afghanische Sicherheitskräfte, die Isaf-Solda-

ten angreifen. In diesem Jahr hätten bereits 48 Soldaten bei derartigen Anschlägen ihr Leben verloren. „Die Bundesregierung nimmt die wachsende Bedrohung sehr ernst“, heißt es. Als positive Entwicklung beschreiben die Verfasser, dass es „erneut weniger



Patrouille der Bundeswehr bei Kunduz

JOHANNES ARLT / LAF

sicherheitsrelevante Zwischenfälle“ gebe. Das sei allerdings nur ein „leicht positiver Trend“. Der 48-seitige Fortschrittsbericht soll am kommenden Mittwoch zusammen mit dem neuen Mandat für die Bundeswehr vom Kabinett beschlossen werden. Der Bericht wird unter der Leitung des Sonderbeauftragten für Afghanistan, Michael Koch, ressortübergreifend erarbeitet. Er dient der Unterrichtung des Parlaments. Deutschland will Afghanistan zunächst bis 2016 jährlich mit bis zu 430 Millionen Euro unterstützen, damit sich die Lebensbedingungen und die Regierungsführung verbessern. Zudem will sich die Bundesregierung mit rund 150 Millionen Euro an der Finanzierung der afghanischen Sicherheitskräfte beteiligen.